

Grosssägerei in Graubünden

Einführung in die Thematik

lic. iur. Jürg Michel, Direktor Bündner Gewerbeverband

Vor nicht einmal einem Jahr hat das Bündner Volk mit grosser Mehrheit das Wirtschaftsentwicklungsgesetz angenommen, welches verschiedene Förderungsmassnahmen insbesondere auch für Exportbetriebe vorsieht. Und plötzlich zeigt sich am Projekt der Ansiedlung einer Grosssägerei im Kanton Graubünden, dass auch gut gemeinte Wirtschaftsförderung sehr schnell ihre Grenzen stossen kann – am Umweltschutz, an der Waldgesetzgebung oder eben an den individuellen Interessen eines Einzelnen. Was ist wichtiger, ein im Interesse des ganzen Kantons liegendes förderungswürdiges Projekt oder ein Landwirtschaftsbetrieb oder ein idyllisches Wäldchen. Aber liegt denn das Projekt einer Grosssägerei wirklich im gesamtkantonalen Interesse? Ist die vom Kanton in Aussicht gestellte finanzielle Unterstützung gut investiert und vertretbar oder begeht der Kanton – wie z.B. vom Kanton St. Gallen vorgeworfen - wirklich den ordnungspolitischen Sündenfall?

Nach der hochinteressanten Informationsveranstaltung der bürgerlichen Parteien und der Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden vom 16. Juni 2005 stellt sich auch für die genannten Organisationen die Frage, ob das geplante Grosssägewerk und vor allem das damit verbundene finanzielle Engagement des Kantons verantwortbar und richtig ist, nicht nur aus grundsätzlichen Überlegungen und aus ordnungspolitischer Sicht sondern vor allem auch gegenüber den hier im Kanton bereits ansässigen Sägern und den übrigen kritischen Kreisen.

Über diese Fragen werden Sie gleich durch die hier anwesenden Vertreter der Parteien und durch Vertreter der Wirtschaft informiert. Vorab gestatten Sie mir aber, die wichtigsten Ergebnisse der Informationsveranstaltung resp. des Referates von Prof. Heinimann vom 16. Juni 2005 wie folgt zusammen zu fassen:

- a) Die Bündner Sägereiindustrie verliert in Folge mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit weiter an Bedeutung. Im internationalen Vergleich weist die Sägereiindustrie eine schlechte Konkurrenzfähigkeit auf. Ihre Personalproduktivität liegt durchschnittlich um etwa einen Faktor 5 tiefer als der internationale Benchmark. Dies wird mittelfristig zu weiteren Betriebsaufgaben führen.
- b) Traditionelle Absatzmärkte fallen weg, indem der wichtigste traditionelle Exportmarkt, Italien, sich zunehmend zu einem Schnittwaren-, Werkstoff- und Systemmarkt entwickeln wird, der Rundholzanbieter wie die Schweiz zunehmend verdrängen wird.
- c) Im Zuge der internationalen Marktentwicklungen wird die Holznutzung um 30-50 % zurückgehen. Ein Grosssägewerk mit einer Einschnittkapazität von ca. 800'000 m³ wäre ein wichtiger Impuls für eine wirtschaftliche zukunftsfähige schweizerische Wald- und Holzwirtschaft.
- d) Die ökologische Nachhaltigkeitsbilanz in der Schweiz verschlechtert sich zusehends. Eine Intensivierung der Nutzung der inländischen biologischen Kapazität kann mithelfen, diese ungünstige Bilanz zu verbessern.
- e) Die Rohholzmenge aus den Bündner Wäldern gegenüber dem heutigen Niveau liesse sich auf ein theoretisches jährliches Nutzungsvolumen von rund 600'000 m³ maximal verdoppeln. Dies bedingt allerdings eine Intensivierung der Eingriffsstärke in den Wald mit dem Ziel, die Vorräte zu senken und den Holzanfall pro Schlag zu erhöhen, und ei-

nen möglichst hohen Mechanisierungsgrad bei der Holzernte durch Einsatz modernster Holzerntetechnologie durch Unternehmer.

- f) Unter der Annahme unveränderter Waldbau- und Erntestrategien ist mit dem Grosssägewerk entlang der Wertschöpfungskette jährlich ein Umsatzvolumen von 99 bis 108 Mio. Franken, ein Beschäftigungsvolumen von 460 bis 540 Vollzeitstellen und Einkommenssteuern für den Kanton Graubünden in der Höhe von 1,4 bis 1,7 Mio. Franken verbunden. Zwischen 50 und 80 % dieser Effekte sind unmittelbar auf das Grosssägewerk zurückzuführen und würden ohne dieses Werk nicht anfallen.
- g) Ohne ein Grosssägewerk als Entwicklungsmotor würde sich die negative Entwicklung in der Bündner Wald- und Holzwirtschaft fortsetzen; ein Rückgang der Holznutzung in der Grössenordnung von bis zu 50 % in den nächsten zehn Jahren wäre nicht unrealistisch.

All diese Fakten und Prognosen haben bewirkt, dass im Wesentlichen auch sämtliche Branchen in der Bündner Holzwertschöpfungskette die Ansiedlung eines Grosssägewerkes in unserem Kanton unter gewissen Prämissen klar befürworten. Ich erinnere an die Statements von Herrn Luzi Bärtsch als Präsident von Graubünden Holz, der Organisation in welcher sämtliche Holzbranchen zusammengefasst sind, sowie von Paul Barandun, dem Geschäftsführer der Selva, also der Organisation der Waldbesitzer und Bewirtschafter.

Auf die Standortfrage für die Ansiedlung eines Grosssägewerkes will ich nicht weiter eingehen. Ich beschränke mich auf die Feststellung, dass zwei geeignete Standorte vorhanden wären und es nun nur noch davon abhängt, ob – im Falle von Domat/Ems – das Buwal mitzieht resp. – im Falle des Standortes Untervaz – der Landbesitzer.

Nun möchten wir aber hören, wie sich die bürgerlichen Parteien zur Ansiedlung eines Grosssägewerkes im Kanton stellen.